

Antrag 322/I/2025**KDV Charlottenburg-Wilmersdorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****erledigt durch 320/I/2025 (Konsens)****Aktion weniger Müll in der Stadt – Berliner Verpackungssteuer**

1 Die SPD-Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Se-
2 nats werden aufgefordert, sich für die Einführung einer
3 Berliner Verpackungssteuer einzusetzen. Ziel und Zweck
4 dieser Verpackungssteuer ist es, der Vermüllung des öf-
5 fentlichen Raums, wie Straßen, Plätze, Sport- und Spiel-
6 plätzen und Parks, insbesondere durch Einwegverpackun-
7 gen, wie Einweggeschirr, Portionsverpackungen, Pizzakar-
8 tons, Alu- und Plastikschalen u.ä. entgegenzuwirken und
9 zudem dem Ressourcenschutz zu dienen.

10

11 Derzeit werden die Kosten für die Beseitigung der Müll-
12 berge im öffentlichen Raum über die Bezirkshaushalte für
13 die Reinigung der Grünanlagen und Spielplätze getragen.
14 Für die Straßenreinigung müssen die Anrainer*innen über
15 die Straßenreinigungsgebühren aufkommen, die über die
16 Betriebskostenabrechnung umlegbar auf die Mieter:in-
17 nen sind. Im Sinne des Verursacherprinzips und der Kos-
18 tengerechtigkeit ist daher eine Verpackungssteuer ein
19 sinnvoller und zulässiger Hebel, um einen fiskalischen An-
20 reiz für den Einsatz von Mehrwegverpackungen zu schaf-
21 fen und damit die Stadt sauberer zu machen. Außerdem
22 wird mit solch einer Berliner Verpackungssteuer auch ei-
23 ne Einnahmemöglichkeit erschlossen, die auf ca. 40 Mio.
24 € geschätzt wird. Diese Einnahmen sollen, auch wenn es
25 sich um eine allg. Steuer handelt, weitestgehend zweck-
26 gebunden für die Verbesserung der Stadtsauberkeit ver-
27 wendet werden.

28

29 Tübingen erhebt seit 2022 eine Verpackungssteuer auf
30 Einweggeschirr. Am 22. 1. 2025 hat das Bundesverfas-
31 sungsgericht entschieden, dass solch eine kommunale
32 Steuer rechtens und zulässig ist. Jetzt wollen nach einer
33 Umfrage der DUH ca. 120 deutsche Städte diesem Beispiel
34 Tübingens folgen und auch eine Verpackungssteuer erhe-
35 ben, allen voran Köln. Berlin ist gut beraten, aus folgenden
36 Gründen eine Verpackungssteuer auf Einwegverpackun-
37 gen, insbesondere Einweggeschirr einzuführen:

38

- 39 1. Das ist ein aktiver Beitrag gegen die Vermüllung
40 der öffentlichen Räume, wodurch sich die Bürger
41 und Bürgerinnen sehr gestört fühlen. Die Verwahr-
42 losung des öffentlichen Raums wird von vielen sogar
43 mit subjektiver Gefährdung verbunden.
- 44 2. Die Berliner Bezirke sind in der Regel für die öffent-
45 lichen Räume zuständig und müssen immer höhere
46 Beträge aus ihren Budgets für die Reinigung ausge-
47 ben, die sie nicht haben. Daher ist es nur zu gerecht,
48 die Verursacher, in diesem Fall das Gastgewerbe in

49 die Pflicht zu nehmen und an den Kosten zu beteili-
50 gen. Das Beispiel Tübingen hat gezeigt, dass die er-
51 hobenen Beträge zumutbar und wirtschaftlich ver-
52 tretbar sind.

53 3. Die Kontrolle stellt zwar eine Herausforderung dar;
54 es kann aber davon ausgegangen werden, dass Fast-
55 Food-Ketten und Schnellrestaurants, Liefer- und
56 Take-away-Diensten, Supermärkten und Discoun-
57 ter, Kaffee- und Bäckerei-Ketten, Online-Händlern
58 und Versandunternehmen, Lebensmittelmärkte
59 und Convenience Stores wie Tankstellen-Shops und
60 Kioske, Getränkehersteller und – vertriebe grund-
61 sätzlich gesetzeskonform die Verpackungssteuer
62 abführen werden, so dass sich der Kontrollaufwand
63 in Grenzen halten wird.

64